STADT EUSKIRCHEN
Ortsteil Euskirchen
Bebauungsplan Nr. 13 B
Maßstab 1:1000
1. Ausfertigung
2. Planänderung

Text

zum Bebauungsplan Nr. 13 B der Stadt Euskirchen Ortsteil Euskirchen (2. Planänderung)

Inhalt gemäß § 9 Abs. 1 Ziff. 1 Buchst. a, b, d, Ziff. 3, 5,8 und 11, Abs. 2 Bundesbaugesetz vom 23.6.1960 - BBauG - (Bundesgesetzblatt I S. 341) in Verbindung mit § 4 der Ersten Durchführungsverordnung zum BBauG vom 29.11.1960 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen -S. 433- und § 103 Bauordnung Nordrhein-Westfalen -BauO NW- vom 2.12.1969 (Gesetz - und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen vom 11.12.1969)

1.) Im allgemeinen Wohngebiet (WA) sind die gemäß § 4 Baunutzungsverordnung vom 26.11.1968 möglichen Ausnahmen allgemein zulässig, sofern die Eigenart des Baugebietes im allgemeinen gewahrt bleibt (§ 1 Abs. 5 BauNVO).

2.) Nebenanlagen

im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO können zugelassen werden, soweit sie innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen errichtet werden. Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO - Versorgungseinrichtungen - sind hingegen auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. In der alten Kleinsiedlung sind Nebenanlagen allgemein zulässig soweit sie der Fortführung der Nutzung als Kleinsiedlerstelle dienen.

3.) Die Stellung der dargestellten Baukörper ist zwingend.

4.) Die festgesetzte Anzahl der Geschosse ist zwingend.

5.) Die Sockelhöhe der Gebäude darf nicht mehr als 0,45 m über Straßenniveau liegen, sofern nicht ein ordnungsgemäßer Anschluß an die Kanalisation, die Untergrundverhältnisse oder der Grundwasserstand eine höhere Sockelhöhe verlangen. Bei Doppel- und Gruppenhäuser ist die Sockelhöhe angrenzender Häuser aufeinander abzustimmen.

6.) Es sind nur Satteldächer und Walmdächer zugelassen, soweit im Bebauungsplan nichts anderes festgesetzt ist.

7.) Die vorgeschriebene Dachneigung ist zwingend. Bei Doppel- und Gruppenbauten sind Dachflächen gleicher Neigung vorzusehen.

Dachflächen des gleichen Baukörpers müssen gleiche Neigungswinkel haben.

Dachaufbauten jeglicher Art sind bei Flachdächern und bei flachgeneigten Dächern bis 35° Dachneigung untersagt.

Lichtkuppeln bis zu einer Höhe von 0,45 m gelten bei Flachdächern nicht als Dachaufbauten.

8.) Drempel sind bei 1-geschossigen Häusern mit einer Dachneigung von über 45° zulässig. Dabei darf der Drempel, gemessen von Oberkante Fußboden bis Oberkante Fußpfette, nicht höher als 0,75 m sein.

9.) Dacheinschnitte zwecks Ausbildung einer stehenden Außenwand mit vorgelagerter Terrasse sind zulässig.

Bei Dacheinschnitten muß das oberste Drittel der Dachfläche geschlossen bleiben und in einer normalen Dachneigung der gegenüberliegenden Dachfläche vorgesehen werden. Vom Dacheinschnitt bis zu den Ortgängen müssen mind. 1,50 m Breite ununterbrochene Dachflächenstreifen verbleiben.

10.) Als Dacheindeckung darf nur dunkelfarbendes Material verwendet werden.

11.) Garagen sind allgemein zulässig jedoch darf keine Beeinträchtigung einer einwandfreien Verkehrsübersicht erfolgen. Der Abstand von der Straßenbegrenzungslinie muß mind. 5,00 m betragen. Sie dürfen nicht vor der straßenseitigen Baulinie errichtet werden. Vorgeschriebene Dachform Flachdach. Kellergaragen sind nicht zulässig.

12.) Die Vorgärten sind gärtnerisch zu gestalten. Die Einfriedigung entlang der Straßenbegrenzungslinie darf nur in einer Höhe bis zu 0,50 m jeweils gerechnet über fertigem Straßenniveau vorgenommen werden. Eine höhere Abgrenzung der Grundstücke zur Straße hin ist nur von Baukörper zu Baukörper- im allgemeinen entlang der Baulinie bzw. Baugrenze- gestattet. An Eckgrundstücken kann eine höhere Einfriedigung entlang der Straßenbegrenzungslinie, beginnend ab Verlängerung der Vorderfront des Hauses verlaufen, wenn dies zum Abschluß des hinter den Häusern liegenden Freiraumes erforderlich ist. Eine einwandfreie Übersicht der Straßeneinmündungen muß jedoch in jedem Fall gewährleistet bleiben. Zur Abgrenzung der rückwärtigen Grundstücksteile sind Hecken, Spriegelzäune oder Maschendrahtzäune bis zu 1,00 m Höhe, jedoch keine Mauern gestattet. Trennwände sind jedoch auf den Grundstücksgrenzen ab rückwärtiger Hausfront bis zu 3,50 m Tiefe nicht über 2,00 m hoch zur Abschirmung der gartenseitigen Sitzplätze zugelassen.
Zur Verringerung der Oberflächenabwässer dürfen die nicht überbauten Grundstücksflächen nur insoweit wasserdurchlässig befestigt werden, wie dies für die bauliche Nutzung der Grundstücke erforderlich ist.

GEBÄUDE	ART DER BAULICHEN NUTZUNG	MASS DER BAULICHEN NUTZUNG UND BAUWEISE	GRENZEN, BEGRENZUNGSLINIEN UND BAULINIE	FLÄCHEN ODER BAUGRUNDSTÜCKE FÜR DEN GEMEINBEDARF	VERKEHRSFLÄCHEN	FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN	GRÜNFLÄCHEN	SONSTIGE FLÄCHEN
VORHANDEN GEPLANT GEBÄUDE OHNE HAUSNUMMER GEBÄUDE MIT HAUSNUMMER DURCHFAHRT ARKADE MAUER GESCHOSSZAHL SATTELDACH WALMDACH PULTDACH FLACHDACH KRÜPPELWALM	WS KLEINSIEDLUNGSGEBIET WR REINES WOHNGEBIET WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET MD DORFGEBIET MI MISCHGEBIET MK KERNGEBIET GE GEWERBEGEBIET GI INDUSTRIEGEBIET SW WOCHENENDHAUSGEBIET SO SONDERGEBIET	GRZ GRUNDFLÄCHENZAHL GFZ GESCHOSSFLÄCHENZAHL BMZ BAUMASSENZAHL I ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGR. (I) ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS ZWINGEND o OFFENE BAUWEISE △ NUR EINZEL- UND DOPPELHÄUSER ▽ NUR HAUSGRUPPEN g GESCHLOSSENE BAUWEISE	GEMARKUNGSGRENZE FLURGRENZE FLURSTÜCKSGRENZE NACHRICHTLICH EINGETRAGENE FLURSTÜCKSGRENZE EIGENTUMSGRENZE GRENZE DES BEBAUUNGSPLANGEBIETES ÖFFENTLICHE STRASSENBEGRENZUNGSLINIE U. SONSTIGER ÖFFENTL. VERKEHRSFLÄCHEN BAULINIE BAUGRENZE ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG	VERWALTUNGSGEBÄUDE SCHULE KRANKENHAUS THEATER JUGENDHEIM JUGENDHERBERGE POST KIRCHE HALLENBAD KINDERTAGESSTÄTTE KINDERGARTEN SCHUTZRAUM FEUERWEHR	ÖFFENTLICHE STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN P ÖFFENTLICHE PARKPLÄTZE FUSSWEG ÖFFENTLICHER FUSSWEG BAHNANLAGEN FLUGHAFEN LANDEPLATZ SEGELFLUGGELÄNDE AUTOBAHNEN ODER AUTOBAHNÄHNLICHE STRASSEN SONSTIGE ÜBERÖRTLICHE ODER ÖRTLICHE HAUPTVERKEHRSSTRASSEN	ELEKTRIZITÄTSWERK GASWERK WASSERBEHÄLTER UMFORMERSTATION PUMPWERK MÜLLBESEITIGUNGSANLAGE FERNHEIZWERK WASSERWERK UMSPANNWERK BRUNNEN KLÄRANLAGE FÜHRUNG OBERIRDISCHER VERSORGUNGSANLAGEN UND LEITUNGEN	PARKANLAGE ZELTPLATZ BADEPLATZ FRIEDHOF DAUERKLEINGARTEN SPORTPLATZ SPIELPLATZ	VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE GRUNDSTÜCKE FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN FLÄCHEN FÜR ABGRABUNGEN OD. FÜR DIE GEWINNUNG VON BODENSCHÄTZEN FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT FLÄCHEN FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT FLÄCHEN FÜR DIE LAND- ODER FORSTWIRTSCHAFT FLÄCHEN MIT LEITUNGSRECHTEN St STELLPLÄTZE UND IHRE EINFAHRTEN Ga GARAGEN UND IHRE EINFAHRTEN GSt GEMEINSCHAFTSSTELLPLÄTZE UND IHRE EINFAHRTEN GGa GEMEINSCHAFTSGARAGEN UND IHRE EINFAHRTEN DARSTELLUNG UND ANORDNUNG VON GARAGEN UND IHRE EINFAHRTEN	WASSERFLÄCHEN N NATURSCHUTZGEBIET L LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET W WASSERSCHUTZGEBIET Q QUELLSCHUTZGEBIET Ü ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIET BAUDENKMALE SAN SANIERUNGSGEBIET VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE SCHUTZFLÄCHEN

DIE VORLIEGENDE PLANUNGSGRUNDLAGE (M 1:1000) - EINZEICHNUNG VERVOLLSTÄNDIGUNG DER KATASTERFLURKARTE DIE FLURKARTE IST ENTSTANDEN IM JAHRE 1922 IM MASSTAB 1:1000 U. 1:2000 DURCH ~~[illegible]~~ NEUVERMESSUNG. DIE PLANGRUNDLAGE ENTHÄLT AUSSERDEM DIE ERGEBNISSE VON ERGÄNZUNGSVERMESSUNGEN (B. GEBÄUDE) ~~[illegible]~~ (NR. 35 FA 8) - NACH EINER ÄLTEREN VERMESSUNG UND UNTER VERWENDUNG VON FORTF. VERMESSUNGEN (VOR. ÄNDERUNGEN) (NEUVERM.) - NACH EINER NEUVERMESSUNG GEM. ENG. BEST. UND VERM.
DIE DARSTELLUNG ENTSPRICHT DEM GEGENWÄRTIGEN ZUSTAND.
EUSKIRCHEN, DEN 29. März 1976

ES WIRD BESCHEINIGT, DASS DIE FESTSTELLUNG DER STADTEBAULICHEN PLANUNG GEOMETRISCH EINDEUTIG IST.
EUSKIRCHEN, DEN 8.2.78

DIE DARSTELLUNG STIMMT MIT DEM AMTLICHEN KATASTERNACHWEIS ÜBEREIN.
EUSKIRCHEN, DEN 29. März 1976

ENTWURFSBEARBEITUNG:
Euskirchen, im März 1976

DIESER PLAN STIMMT MIT DEM ORIGINAL-BEBAUUNGSPLAN UND DEN DARAUF VERZEICHNETEN VERMERKEN ÜBEREIN.
EUSKIRCHEN, DEN:

AUSGEFERTIGT
EUSKIRCHEN, im März 1978
ZU DIESEM PLAN GEHÖRT ALS BESTANDTEIL EIN EIGENTÜMERVERZEICHNIS.

DIESER PLAN ist GEMÄSS § 1(7) DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) DURCH BESCHLUSS DES RATES DER STADT EUSKIRCHEN VOM 1. 3. 1976 AUFGESTELLT WORDEN.
EUSKIRCHEN, DEN 1.7.1976
Bürgermeister

DIESER PLAN HAT GEMÄSS § 2(6) DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) IN DER ZEIT VOM 5.9.1977 BIS 5.10.1977 ÖFFENTLICH AUSGELEGEN.
EUSKIRCHEN, DEN 14.2.1978
Stadtdirektor

DIESER PLAN ist GEMÄSS § 10 DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) VON RAT DER STADT EUSKIRCHEN AM 22. Nov. 1977 ALS SATZUNG BESCHLOSSEN WORDEN.
EUSKIRCHEN, DEN 14.2.1978
Bürgermeister

KÖLN, DEN
DER REGIERUNGSPRÄSIDENT IN VERTRETUNG

DIESER PLAN ist GEMÄSS § 11 DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) MIT VERFÜGUNG VOM heutigen Tag GENEHMIGT WORDEN.
KÖLN, DEN 20.4.1978
DER REGIERUNGSPRÄSIDENT IN VERTRETUNG

DIE BEKANNTMACHUNG DER GENEHMIGUNG DES REGIERUNGSPRÄSIDENTEN GEMÄSS § 6 (6) DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) IST AM ERFOLGT.
EUSKIRCHEN, DEN
BÜRGERMEISTER

DIE BEKANNTMACHUNG DER GENEHMIGUNG DES REGIERUNGSPRÄSIDENTEN, SOWIE ORT UND ZEIT DER AUSLEGUNG GEMÄSS § 12 DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) IST AM 3. 8. 78 ERFOLGT.
EUSKIRCHEN, DEN 28.8.78
Bürgermeister

Vorgebrachte Bedenken u. Anregungen

A Zeiger
B Matzner
C Industrie und Handelskammer
D Haag

Änderung gem. Stadtratsbeschluß v. 22.11.1977

~~X-X-X~~ Baugrenze entfällt